

Antrag U01: Rettung der studentischen Mobilität: Für ein Bundesweites Semesterticket!

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Berlin (Landeshochschulgruppen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

1 Die Zukunft der studentischen Mobilität ist bedroht und seit Monaten nimmt FDP-
2 Bundesverkehrsminister Volker Wissing diesen Umstand in Kauf und ignoriert den Druck
3 der Studierendenschaften und der Verkehrsminister*innenkonferenz. Dabei ist eine
4 Lösung dringend nötig und die finanziellen Existenzen vieler Studierender stehen auf
5 dem Spiel.

6 Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurde ein Wunsch nach erschwinglicher,
7 unkomplizierter und attraktiver ÖPNV-Mobilität erfüllt. Der Anspruch eines einzigen
8 Tarifs, welcher mit einem einheitlichen Preis das gesamte Bundesgebiet abdeckt,
9 stellt eine Revolution im deutschen Labyrinth der Verkehrsverbünde dar und macht den
10 Schritt zu klimafreundlicher Mobilität und Bus und Bahn attraktiver als kaum eine
11 Maßnahme zuvor.

12 Diese Erfolge und positiven Erfahrungen stehen im klaren Kontrast zu den negativen
13 Auswirkungen, mit denen sich Studierendenschaften in etlichen deutschen Städten nach
14 Einführung des Deutschlandtickets konfrontiert sahen. Aufgrund der durch das
15 Deutschlandticket gesunkenen Preisdifferenz zwischen den lokalen Semestertickets und
16 dem im Vergleich stärker attraktiven Deutschlandticket sahen sich
17 Studierendenschaften gezwungen, Verträge aufzukündigen und den regulären Ticketmarkt
18 als Alternative zu nutzen. Hintergrund ist, dass Rechtsgutachten das solidarisch
19 finanzierte Semesterticket juristisch anfechtbar sehen. Studierendenvertretungen
20 befürchten daher, dass bei einer erfolgreichen Klage gegen das Semesterticket die
21 Mobilitätskosten für Studierende drastisch steigen könnten und Investitionen in das
22 Semesterticket verloren gehen. Zudem besteht die Sorge, dass Studierendenvertretungen
23 selbst finanziell für die juristischen Konsequenzen verantwortlich gemacht werden
24 könnten.

25 Alleingänge einiger Bundesländer bei der Entwicklung analoger Tickets zum
26 Deutschlandticket, unterschiedliche Regelungen für Semestertickets und uneinheitliche
27 Übergangsregelungen bedrohen die studentische Mobilität und stellen eine unnötige
28 Belastung dar.

29 Es ist entscheidend, dass Bund und Länder zusammenarbeiten, um diese
30 Herausforderungen zu überwinden und studentische Interessen dabei in die Prozesse mit
31 einbeziehen. Wir appellieren an den FDP-Bundesverkehrsminister Volker Wissing und
32 alle Verantwortlichen, gemeinsam an einer tragfähigen Lösung zu arbeiten. Dabei
33 müssen die Bedürfnisse der Studierenden und die Diversität der regionalen
34 Gegebenheiten berücksichtigt werden.

35 Die Lösung für diese Herausforderungen liegt in einem bundesweit gültigen
36 Semesterticket. Ein deutschlandweites Semesterticket, das dem Solidarmodell folgt und
37 zu einem fairen Preis angeboten wird, bietet die Möglichkeit, die studentische
38 Mobilität in Deutschland durch preisliche Attraktivität rechtssicher zu gestalten und

39 qualitativ zu verbessern. Darüber hinaus würde es nicht nur den Studierenden
40 zugutekommen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung klimafreundlicher
41 Mobilität leisten.

42 Der Vorschlag des Koordinierungsrates des Deutschlandtickets, ein solches
43 Semesterticket für 29,40€ anzubieten, ist ein Schritt in die richtige Richtung.
44 Wichtig ist aktuell jedoch, dass die Umsetzung dieses bundesweiten Semestertickets
45 beschleunigt wird. Die finanziellen Existenzen vieler Studierender stehen auf dem
46 Spiel, und es ist nicht tragbar, weitere Monate zu verlieren.

47 Gleichzeitig blicken wir auf die aktuelle politische Lage und Umsetzbarkeit des
48 bundesweiten Semestertickets. Sollten die Verhandlungen zum bundesweiten
49 Semesterticket scheitern, so machen wir uns dafür stark dennoch am lokalen
50 Solidarprinzip festzuhalten. da viele Studierende auf ein günstiges Ticket angewiesen
51 sind

52 **Daher fordern wir:**

- 53 • Dass die Bundesregierung und die Verkehrsminister*innen der Länder unverzüglich
54 gemeinsam eine tragfähige Lösung erarbeiten, um die Zukunft der studentischen
55 Mobilität zu sichern.
- 56 • Eine Minimierung der finanziellen Belastung der Studierenden durch
57 Mobilitätskosten, indem der Preis des deutschlandweiten Semestertickets -
58 möglichst mithilfe des Solidarprinzips - auf einem erschwinglichen Niveau
59 gehalten wird. Den bisherigen Vorschlag, wonach das Semesterticket immer 60% des
60 Preises des Deutschlandtickets kosten soll, halten wir aus rechtlicher,
61 politischer und sozialer Sicht für zu hoch.
- 62 • Den Einbezug der Studierendenschaften als gleichberechtigte Partner*innen in
63 durch transparenter als bisher zu gestaltene Verhandlungen und Entscheidungen im
64 Zusammenhang mit dem deutschlandweiten Semesterticket, um sicherzustellen, dass
65 ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden.
- 66 • Die Schaffung einer klaren bundesrechtlichen Grundlage, um die juristischen
67 Unsicherheiten bezüglich des solidarisch finanzierten Semestertickets
68 auszuräumen. Eine Regelung zum Semesterticket soll grundlegender Bestandteil des
69 Regelkatalogs des Deutschlandtickets werden.
- 70 • Dass die Bundesländer sich auf eine einheitliche Regelung für Semestertickets
71 verständigen.
- 72 • sollten die Verhandlungen zum bundesweiten Semesterticket scheitern, setzen wir
73 uns als Juso-Hochschulgruppen weiterhin vor Ort dafür ein, am lokalen
74 Solidarprinzip festzuhalten